

Inhalt

Politikwissenschaft 1968: Streiten für mehr Demokratie	7
Institutsreform	15
Halbparität am Frankfurter Institut für Politikwissenschaft	15
Strafrechtsreform und Aussöhnungsamnestie	47
Straffreiheitsgesetz 1970	51
Hochschulreform und Gegenwind	57
Universität Frankfurt: Polizeieinsätze an einer „reformierten“ Hochschule	57
Konservative Illusionsbildung bei Hochschullehrern (I)	74
Berufsverbote als Brandmarkung	89
Einreise verwehrt: Der Fall Ernest Mandel	94
Verdachtsgründe eröffnet: Der Fall Wolf-Dieter Narr	106
Konservative Illusionsbildung bei Hochschullehrern (II)	115
Deutschlands „entfesselte“ Unternehmensuniversität: Die neoliberale Gegenreform	125
„Markt“ und „Wettbewerb“: Der neoliberale Zauberstab	137
Hierarchisierung statt Demokratisierung – und zurück?	143
Politikwissenschaft 2021: Streiten gegen weitere Aushöhlung der Demokratie . . .	149
Öffentlichkeitswirksam, normativ engagiert, empirisch gestützt: Politikwissenschaft als Demokratiewissenschaft	158
Über den Verfasser	163
Personenregister	165

Politikwissenschaft 1968: Streiten für mehr Demokratie

Dieses Buch präsentiert einen ungewohnten Blick auf die Revolte von 1968. Er gilt nicht dem kurzlebigen Versprechen einer unerreichbaren Revolution, sondern der als dauerhaft verstandenen Aufforderung zu machbaren, dabei durchaus radikalen Reformen. Die auf Hochschule, Politikwissenschaft und Demokratie konzentrierte Darstellung schlägt eine Brücke vom historischen Rückblick zur aktuellen Diagnose. Auf konkrete Handlungsempfehlungen wird nicht verzichtet.

Im Mittelpunkt stehen zwei Themen: Welchen Stellenwert besitzt für die vielfältig in Frage gestellte Demokratie unserer Tage die partizipatorische Organisation der Universität? Wie sollte insbesondere die Politikwissenschaft wesentlichen Ursachen der verbreiteten Erosion demokratischen Denkens und Umgangs entgegenreten?

Dem Verständnis des Aufbruchs von 1968 als Reformanstoß von bleibender Bedeutung fällt dabei eine zentrale Rolle zu.

Ausgangspunkt bildet die kurzzeitig verwirklichte radikal-demokratische Reform am Frankfurter Institut für Politikwissenschaft, über die damals gerade eine einzige Zeitung berichtete. Nicht sie hat sich ins kollektive Gedächtnis (auch dasjenige des eigenen Fachs) eingegraben, wie dies der Politikwissenschaft wohl angestanden hätte. Immer wieder behandeltes Thema – schlagzeilenträchtiger, für Gegner wie Befürworter von „68“ emotionaler besetzt – blieb stattdessen die gescheiterte Revolte am Institut für Sozialforschung, inklusive Besetzung und Polizeieinsatz.

Das hier angedeutete Verständnis von 1968, samt der demokratietheoretischen Sichtweise, die der weiteren Erörterung zugrunde liegt, sind wesentlich durch meinen Werdegang geprägt:

Aus Saarbrücken (Anfang bis Mitte der 60er Jahre Student, dann wissenschaftliche Hilfskraft) verschlug es mich 1968 im Gefolge meines akademischen Lehrers Christian Graf von Krockow (1927–2002) nach Frankfurt – zunächst als Assistent, anschließend als Assistenzprofessor. 1974 berief mich Peter von Oertzen (1924–2008), damals niedersächsischer Kultusminister, als Ordinarius oder „ordentlichen“ Professor nach Osnabrück.

Bei aller Ordentlichkeit bemühte ich mich, die Erfahrungen meiner Studenten- und Assistentenzeit nicht zu vergessen. Sie schlugen sich nieder im Versuch einer Beherrschung jener Maxime, die ich 1977 in einem Aufsatz der Bundeszentrale für politische Bildung (*Aus Politik und Zeitgeschichte*) formuliert habe, der sich weiter unten in Auszügen wieder abgedruckt findet:

„An die Anteilnahme und Gelassenheit eines Wissenschaftlers im Ausbildungsbereich wird man mit Fug und Recht auf Grund von Alter, Erfahrung und Wissen erheblich größere Ansprüche zu stellen haben als an Studierende. Das gilt, wohlgemerkt, auch dann, wenn er Rechte nicht mehr nur ‚liberal‘ gewährt, sondern wenn weitergehende Rechte ihm und seinen Kollegen abgefordert werden.“

Ich wäre der Letzte, der bestreiten würde, dass diese Haltung erst gelernt werden musste und dass solches Erlernen auch eine Generationenfrage war: Es fiel demjenigen leichter, der in seiner akademischen Sozialisation an der Ordinariatenuniversität erlebt hatte – manchmal mit gelinder Fassungslosigkeit –, wie professorale Eitelkeit und Selbstisolierung zu extremer Kränkbarkeit führen konnten. Zur Erklärung sei daran erinnert, dass – erstens – bis zur Hochschulgesetzgebung der 1970er Jahre der „ordentliche öffentliche Professor“ als Lehrstuhl-, „inhaber“ die Personal- und Sachmittel „seines“ Instituts im Berufungsverfahren mit den Landesregierungen aushandelte; dass er – zweitens – nach den verschiedensten Gesichtspunkten Assistenten um sich grupperte und diese Mitarbeiter von ihm persönlich abhängig waren; dass – drittens – die Ordinariaten als „die“ Fakultät und „der“

Senat unter sich und ohne Öffentlichkeit tagten, durch ihre Beschlüsse jedoch zugleich Studenten, Assistenten und Nichtordinarien banden.

Mit anderen Worten: Ausschließlich den Ordinarien stand an der Humboldtschen Universität mit ihrer Idee von „Einsamkeit und Freiheit“ die Freiheit der einsamen Entscheidung zu. Die Zusammensetzung der Gremien sorgte dafür, dass sachliche und persönliche Betroffenheit kaum trennbar verwoben waren. Als Reformbestrebungen einsetzten, waren heftige Reaktionen infolge beschnittener Selbstherrlichkeit wie gekränkten Selbstwertgefühls nahezu unausbleiblich die verbreitete Folge.

Die unbotmäßigen Studenten, die gegen die quasi-feudale Entscheidungsstruktur aufbegehrten, reagierten „auf die autoritäre Art und Weise“, mit der die etablierte Professorenschaft „ihren Besitzstand gegen die Ansprüche auf Demokratisierung verteidigte“ (so der 2005 verstorbene Politologe Kurt Sontheimer 1968 in einem damals eher seltenen professoralen Versuch, der studentischen Opposition Gerechtigkeit widerfahren zu lassen), erst mit Ironie, dann zunehmend mit Provokationen.

Die Universität des Saarlandes, deren erste Professur für Politikwissenschaft mit Krockow besetzt worden war, hatte ihren Studierenden – und sonstigem Publikum – „Väterchen Franz“ zu bieten: Dr. jur. Franz Josef Degenhardt, bis 1969 acht Jahre lang Assistent für Europäisches Recht. Seit 1963 sang er im Saarbrücker *Hades* von den Schmuddelkindern, von bundesdeutscher Pseudoidylle („Da frierst du vor Gemütlichkeit“) und vom trügerischen Paradies, das Tonio Schiavo und andere, aus dem Mezzogiorno kommende Malocher „irgendwo bei Herne“ vorfanden.

Keine schlechte Vorbereitung auf Frankfurt, wo sich um Iring Fetscher (1922–2014) eine kritische Schule der Politikwissenschaft gebildet hatte, die radikaldemokratische, an die aufklärerischen Traditionen bürgerlich-liberalen Denkens anknüpfende Perspektiven entwickelte. Walter Euchner (1933–2011) und Gert Schäfer (1941–2012) gehörten zu den „Mittelbau“-Kollegen, mit denen sich nach dem Wechsel von Saarbrücken nach Frankfurt rasch ein inhaltlicher Kontakt ergab. Bereits 1965 hatten beide, angeregt durch Walter Jens, zusammen mit weiteren Assistenten und Doktoranden – Klaus

Horn, Carl Nedelmann, Oskar Negt, Dieter Senghaas – bei Rowohlt eine Sammlung kritischer Studien zu Erhards Kanzlerschaft veröffentlicht. Unter dem Titel *Politik ohne Vernunft* bot sie Analyse und Streitschrift zugleich. Auf diesen Beitrag und den am Beginn der 1. Großen Koalition entstandenen Nachfolgebund *Der CDU-Staat* wird später zurückzukommen sein.

Den rebellierenden Studenten bescheinigte Euchner ein radikaldemokratisches Programm, das Herrschafts- und Autoritätsstrukturen nach ihrer demokratischen Rationalität und Legitimation befragte. Seine grundsätzliche Sympathie hinderte ihn nicht, den überschießenden utopischen Gehalt, auch die Verschwommenheit mancher vorgebrachter Demokratisierungsforderungen beim Namen zu nennen. Mit Nachdruck warnte er vor „Selbsttäuschungen“ über die realen Möglichkeiten studentischer Opposition, insbesondere beim Einsatz von „Gewalt gegen Sachen“. Umso eindringlicher rief er die „Repräsentanten des etablierten politischen Systems“ dazu auf, den Kern des Protests ernst zu nehmen und staatliche wie gesellschaftliche Institutionen darauf zu überprüfen, in welchem Umfang sie mehr wirksame Partizipation zuließen.

Staatliche und gesellschaftliche Institutionen: Das hieß zunächst und gerade auch die Universitäten. Im Laufe des Winters 1968/69, während eines anstrengenden Semesters ständiger Vollversamlungsdebatten, die unweigerlich in die Lehrveranstaltungen überschwappten, entstand am Frankfurter Institut für Politikwissenschaft als Diskussions- und Entscheidungsorgan, komplett mit Institutssatzung, ein *halbparitätischer Institutsrat*. Er setzte sich zusammen aus vier Studierenden, den beiden Institutsdirektoren – Christian Graf von Krockow und Iring Fetscher – sowie als ersten gewählten Assistentenvertretern Walter Euchner und mir. Abweichendes Handeln der Direktoren (Stichwort: „Beamtenrecht“) war nach der Satzung möglich, musste aber öffentlich begründet werden. Der Rat existierte anderthalb Jahre lang, bis jene Hochschulgesetzgebung sich ankündigte, welche die Gruppenuniversität schuf.

Die ersten Beschlüsse des Institutsrats bestanden in der Anerkennung von Gruppenreferaten als Seminarleistung – damals eine weithin angefeindete

Neuerung – sowie in der Einführung verbindlicher Verfahrensregeln (vor allem der Möglichkeit, Themen vorzuschlagen) für die schriftlichen und mündlichen Abschlussprüfungen – Regeln, die heute selbstverständlich sind. Die weitreichendste Neuerung freilich fand sich schon in der Institutssatzung verankert: Die Gleichberechtigung „selbstbestimmter“ studentischer Lehrveranstaltungen – m. a. W., die Möglichkeit der Vergabe von Leistungsnachweisen für Referate, die aus solchen Veranstaltungen hervorgegangen waren, vorausgesetzt, sie entsprachen den in „regulären“ (Pro-) Seminaren zugrunde gelegten wissenschaftlichen Kriterien. Allen Unkenrufen unseres Umfeldes zum Trotz lag den Studierenden mehr an der Durchsetzung des Prinzips als an seiner Einlösung. Andererseits waren die wenigen eingereichten Arbeiten von einer Qualität, die uns zu Tutorennachwuchs verhalf, sobald Finanzmittel dafür zur Verfügung standen.

Es mag wohl sein, dass ohne die Revolte – nicht bloß diejenige bei den Soziologen – die Reform gar nicht erst in Gang gekommen wäre (der *Spiegel* 1969: erst die „ultralinken Studenten“ hätten mit ihren Forderungen „einige Liberale auf Trab gebracht, die zwei Jahrzehnte über Reform nur geredet haben“). Doch immer klarer trat in der Folge zu Tage: „Geprägt durch 1968“ bedeutete einzutreten für einschneidende reformerische Veränderungen, nicht aber für die imaginären Ziele sukzessive entstehender dogmatischer Politsekten.

Generell fällt auf diese Seite von „1968“ viel zu wenig Licht. Der vorliegende, autobiographisch inspirierte Band stellt einen Versuch dar, die Lücke wenigstens teilweise zu schließen.

Krockow, Fetscher und wir übrigen versuchten damals, im Kleinen zu beginnen mit der Verwirklichung des großen Bekenntnisses zu „mehr Demokratie“.¹ Wir waren uns einig im Verständnis einer Politikwissenschaft,

1 1996 verlieh die Carl von Ossietzky-Universität Oldenburg Krockow die Ehrendoktorwürde für seine Verdienste um Deutung und Reflexion der gesellschaftlich-politischen Gegenwart. 2004 folgte die Universität Osnabrück meiner Anregung, auch Fetscher mit der Ehrendoktorwürde für das Ethos seines Gesamtwerks auszuzeichnen. Die Laudatio, die ich aus diesem Anlass gehalten habe, ist veröffentlicht unter dem Titel: „Iring Fetschers ‚realistischer Utopismus‘ und die heutige Politikwissenschaft“, *Leviathan*, Jg. 33 (2005), S. 111–123.

die sich „ins Handgemenge“ begab, weil sie in der Gesellschaft präsent sein wollte. Prägung durch die 68er Erfahrungen hieß für uns, unter der Fragestellung: „Demokratisierung als Chance“ das Fach aus der Perspektive kritischer Politikwissenschaft zu sensibilisieren für Weichenstellungen, welche die Disziplin in ihren zentralen Inhalten und Funktionen betrafen.

Diese Zielsetzung bestimmte mein Fachverständnis auch während der Jahrzehnte, die auf 1968 folgten. Die 1970 von der sozial-liberalen Koalition beschlossene Aussöhnungsamnestie (nachstehend erstmals in ihrer Bedeutung gewürdigt) hatte der Bundesrepublik zahlreiche aufbegehrende Jugendliche zurückgewonnen. Die Berufsverbote-Politik, gegen die ich mit vielen anderen immer wieder eingetreten bin, entfremdete ihr eine vermutlich noch größere Zahl, warf sie mindestens zurück in die politische Passivität.

Aus den angestrebten radikalen Reformen waren moderate geworden: die Gruppenuniversität mit professoralem Übergewicht, im Vergleich zur monokratischen Herrschaft der Ordinarien dennoch ein messbarer, erfahrbarer Fortschritt. Diese Struktur bestand gut anderthalb Jahrzehnte lang relativ unangefochten. Dann wurde „Modernisierung“ stilisiert zum Schlagwort für ganz anders geartete „Reformen“ unter neoliberalen Vorzeichen, deren Deregulierungs-, Vermarktungs- und Einsparaspekte die traditionell fortschrittliche Bedeutung des Begriffs „Reform“ Lügen strafte. Wie der regulative Wohlfahrts- zum marktangepassten Wettbewerbsstaat, so sollte die Gruppenuniversität umgeformt werden zur unternehmerischen, zur Management-Universität. Nicht wenige Hochschulpräsidenten, verlockt durch die Aussicht auf Machtzuwachs, spielten das Spiel mit.

Nach Manfred Stolpes Brandenburger SPD (Wissenschaftsminister: Stefan Reiche) gefielen die niedersächsischen Sozialdemokraten, vorweg Wissenschaftsminister Thomas Oppermann, sich in der Rolle politischer Vorreiter bei der Angleichung universitärer Entscheidungsstrukturen an Wirtschaftsunternehmen. Als Mitglied des Universitätssenats und Sprecher einer Professor/inn/enliste war ich beteiligt an den Auseinandersetzungen, die sich daraus ergaben. Das vorläufige Ende vom Lied, in Brandenburg

noch ausgeprägter als in Niedersachsen, doch mittlerweile quer durch die Bundesrepublik verbreitet: die autokratisch geleitete *entrepreneurial university* in der Hülle der Gruppenuniversität.

Zu den bemerkenswerten Aspekten dieser Entwicklung zählt, dass das Bundesverfassungsgericht zweimal, 1973 und 2004, in Grundsatzurteilen zur Gruppen- und zur Management-Universität der jeweils prononciert weniger partizipatorisch – weniger demokratisch – orientierten Spielart den Vorzug gegeben hat. Das Gericht hat damit implizit jenen politikwissenschaftlichen Überlegungen eine Absage erteilt, die mit guten Gründen politische Demokratie durch Verstärkung und Verbreiterung gesellschaftlicher Beteiligungsrechte – verbunden mit der Förderung entsprechender Einstellungen, Kenntnisse und Verhaltensweisen – nicht lediglich erweitert, sondern vor allem *abgesichert* sehen wollen. Universitäten, an denen durch Mitwirkung bei der Gestaltung von Ausbildungs- und Forschungsinhalten entsprechende Handlungskompetenzen erworben und Kommunikationsstrategien erlernt – mit anderen Worten, Sozialkapital gebildet – werden kann, gehören unabdingbar zu solchen sozialen Bereichen.

Der Grundgedanke dahinter, und darin besteht die bleibende Aufgabe von „1968“, lautet, dass Demokratie als niemals endende Herstellung demokratischerer Verhältnisse zu verstehen ist und dass es dazu radikaler Reformen bedarf. Für eine Sozialwissenschaft, die sich ernsthaft die Frage nach ihrer eigenen Relevanz stellt, steht dieses Programm heute erneut auf der Tagesordnung. Denn gegenwärtig findet exakt das Gegenteil der Ausweitung von Demokratie statt: eine weltweite, immer bedrohlichere Erosion demokratischer Verhältnisse und Voraussetzungen in zahlreichen Bereichen, die „klassische“ Demokratien wie England oder die USA nicht verschont.

Politikwissenschaft muss versuchen, im Rahmen ihrer Möglichkeiten analytisch *und normativ* gegenzusteuern: Sie muss sich vorrangig an inhaltlichen Kernfragen orientieren, stärker auf empirisch untermauerte Lösungsvorschläge konzentrieren, öffentlichkeitswirksamer auftreten. Nichts anderes wollten die „radikalen Reformer“ von 1968.